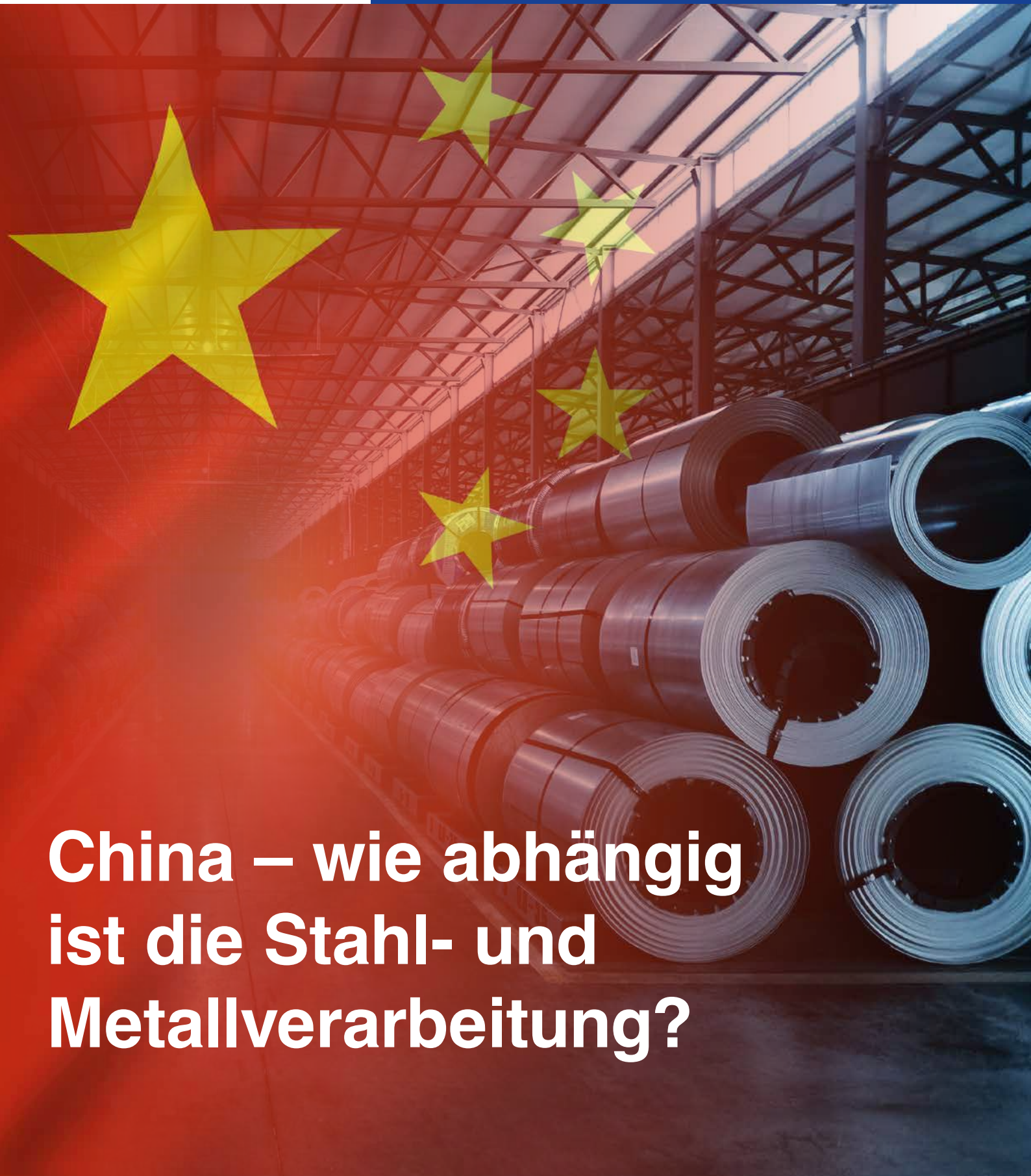


# WSM Nachrichten



## China – wie abhängig ist die Stahl- und Metallverarbeitung?

## Liebe Unternehmer, Verbandsmitarbeiter und Freunde der Stahl und Metall verarbeitenden Industrie,



wie abhängig ist die deutsche Stahl und Metall verarbeitende Industrie von China? Diese Frage wird vermehrt gestellt, seitdem die Lieferketten immer fragiler werden und die politischen Spannungen zwischen China und den westlichen Staaten zunehmen. Klar ist, dass die Betriebe der Stahl- und Metallverarbeitung den Zugang zu internationalen Märkten zwingend benötigen. In wettbewerbsintensiven Märkten muss zur Erreichung der notwendigen Skaleneffekte in großen Stückzahlen produziert werden. Zwei Drittel der bei uns hergestellten Produkte landen auf außerdeutschen Zielmärkten.

Ein freier Welthandel mit offenen Absatzmärkten ist für die WSM-Industrien Teil des Geschäftsmodells. Denn auch Vormaterialien wie Stahl und Aluminium werden aus dem Ausland bezogen, deren Herstellung dort wiederum der Zulieferungen aus aller Welt bedarf. China spielt sowohl als Rohstoffbezugs- wie als Absatzmarkt eine wichtige Rolle – zumal dann, wenn man die großen Abnehmerindustrien in die Betrachtung einbezieht. Insbesondere die Elektroindustrie hängt stark vom chinesischen Exportmarkt ab. Viele Automobilhersteller und Maschinenbauer unterhalten ihre größten Werke im Reich der Mitte. Die Abhängigkeit der deutschen Stahl- und Metallverarbeitung von China kann nicht nur mit Blick auf die direkten Im- und Exporte beurteilt werden.

Mit zunehmenden politischen Spannungen wird es wahrscheinlicher, dass die chinesische Regierung die Abhängigkeit westlicher Industrien zur Verfolgung eigener politischer Ziele nutzt und Druck ausüben wird. Wir beobachten das bereits bei der staatlich gelenkten Exportpolitik bei Rohstoffen und bei Stahl. Das große

Risiko liegt in einer Zuspitzung des Konflikts zwischen China und den USA. Viele schließen nicht aus, dass es noch in diesem Jahrzehnt zu einer Eskalation kommen wird und zwar unabhängig davon, ob China Taiwan angreift oder nicht. Käme es zu einem massiven Handelskrieg, würde die EU nicht neutral bleiben können. Wir wären sofort von Handelsbarrieren und Sanktionen betroffen – mit erheblichen Auswirkungen auch auf die deutsche Stahl- und Metallverarbeitung.

Eine Entkopplung von China wäre falsch. Das würde den Dialog mit China erschweren und uns selbst ganz erheblich schaden. Die Risiken müssen vielmehr eingehegt werden, indem Absatzmärkte in anderen Wachstumsregionen der Welt und alternative Rohstoffquellen erschlossen werden. Auf diesem Weg wäre der Abschluss des Freihandelsabkommens EU-Mercosur mit dem südamerikanischen Kontinent ein wichtiger Schritt.

Ich lade Sie herzlich ein, zu diesen und anderen Themen mehr in den aktuellen WSM Nachrichten zu lesen!

Christian Vietmeyer



# INHALT

## ■ Aktuelles aus Wirtschaft & Politik

- 5 **WSM im Gespräch**  
Markus J. Beyrer: „China ist und bleibt ein bedeutender Markt für europäische Unternehmen“
- 8 **Stahlmarkt China**  
Viel besser als sein Ruf
- 10 **Abhängig von China?**  
Das Problem ist nicht der Import, sondern der Export
- 14 **Gewinnen mit China?**  
Notwendig ist mehr und nicht weniger Vernetzung
- 18 **3 Fragen an ...???**  
Christian F. Kocherscheidt, geschäftsführender Gesellschafter EJOT Holding GmbH & Co. KG

## ■ Aus der Branche

- 20 **WSM KONJUNKTUR**  
Auf einen Blick
- 21 **WSM-KONJUNKTUR**  
Produktion im Jahr 2022 verfehlt Vorjahresniveau knapp um 0,3 Prozent
- 22 **Konjunkturprognose 2023**  
Die deutsche Wirtschaftsleistung dürfte 2023 zumindest stagnieren

## ■ Neues aus unserem Verbändenetzwerk

- 24 **ArGeZ**  
26. ArGeZ-Zulieferforum: Gute Themen, gut besucht
- 26 **Orgalim**  
Unser Europaverband Orgalim bezieht Stellung zum Europäischen Lieferkettengesetz

## ■ Für die Betriebspraxis

- 27 **RECHT**  
**Zahlungsverzugsrichtlinie**  
Vor der Überarbeitung lässt sich die EU-Kommission von der Öffentlichkeit beraten
- 28 **AGB-Recht**  
Justizminister der Länder wollen Reform im unternehmerischen Geschäftsverkehr
- 29 **Nachhaltige Ressourcennutzung (IV)**  
Luft anhalten reicht nicht
- 32 **Industrielle Versicherungen (XLI)**  
Wichtige Versicherungen für unternehmerische Aktivitäten in und mit China

## IMPRESSUM

### Herausgeber

**WSM Wirtschaftsverband  
Stahl- und Metallverarbeitung e.V.**  
Uerdinger Str. 58-62  
40474 Düsseldorf  
Telefon: 0211 / 95 78 68 22  
info@wsm-net.de  
www.wsm-net.de  
Hauptgeschäftsführer:  
Christian Vietmeyer

### Verlag

**Union Betriebs-GmbH (UBG)**  
Egermannstraße 2  
53359 Rheinbach  
Telefon: 02226 / 802-0  
verlag@ubg365.de  
HRB 10605 AG Bonn  
Geschäftsführer: Jürgen von Meer

### Redaktion

Christian Vietmeyer (WSM/V.i.S.d.P.)  
Christine Demmer (UBG)

### Projektleitung (UBG)

Sonja Bach-Meiers (UBG)  
Telefon: 030 / 22 070-271  
sonja.bach-meiers@ubg365.de

### Anzeigenverwaltung

Claudia Kuchem (UBG)  
Telefon: 02226 / 802-213  
claudia.kuchem@ubg365.de

### Titelfoto

Mulderphoto - stock.adobe.com,  
somartin - stock.adobe.com

Die WSM Nachrichten werden vier Mal jährlich herausgegeben. Mitgliedsunternehmen erhalten sie kostenlos im Rahmen ihrer Mitgliedschaft.

### Urheberrechte:

Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Herausgebers nicht erlaubt.





# WIR HABEN EINE SCHWÄCHE FÜR EXZELLENT LÖSUNGEN.

Aktive Unternehmensentwicklung mit  
dem Blick fürs große Ganze!

## Wir finden die Lösung. Gemeinsam.

hahn,consultants ist anerkannter Consultingpartner des Mittelstands. Seit über 20 Jahren sind wir erfolgreich tätig, vornehmlich für mittelständische Industrieunternehmen. Unsere hohen Beratungsstandards werden gewährleistet durch die Expertise unserer Arbeiterteams und das überregionale Partner-Netzwerk. Unser Versprechen an Sie: Kompetenz zu Ihrem Vorteil, ganzheitliche Lösungsansätze und praxisnahe Umsetzung.

## hahn,consultants gmbh

Memeler Straße 30 | 42781 Haan | Tel. +49 (0)21 29 - 557 310  
Lister Straße 9 | 30163 Hannover | Tel. +49 (0)5 11 - 89 939 910  
Arnulfstraße 37 | 80636 München | Tel. +49 (0)89 - 212 311 410  
Alsfelder Straße 7 | 64289 Darmstadt | Tel. +49 (0)61 51 - 66 96 051  
info@hahn-consultants.de | www.hahn-consultants.de



Restrukturierung/Sanierung



M&A/Unternehmensnachfolge



Wachstum



Unternehmenssteuerung

**hahn,consultants**  
STRATEGIE | ORGANISATION | MANAGEMENT

## WSM im Gespräch

# „China ist und bleibt ein bedeutender Markt für europäische Unternehmen“

## Markus J. Beyrer, Generaldirektor von BUSINESSEUROPE in Brüssel

### Wie abhängig ist die europäische Industrie von China?

**Marcus J. Beyrer:** China ist seit 2021 der größte Handelspartner der EU für Güter und zudem der weltweit größte Exporteur. Das liegt vor allem daran, dass die EU sehr viel aus China importiert – nämlich 22 Prozent ihrer Gesamtimporte im Jahr 2021. Damit ist China das Hauptursprungsland für EU-Importe, und die EU ist gemeinsam mit den USA auch einer der beiden wichtigsten Exportmärkte für China. Europäische Unternehmen sind außerdem bedeutende Investoren in China. Auch die Aktivität chinesischer Unternehmen auf dem europäischen Markt hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Unsere Volkswirtschaften sind also eng miteinander verflochten, und das ist zunächst auch nicht weiter verwunderlich, wenn man deren Größe bedenkt.

Problematisch wird es erst, wenn einseitige Abhängigkeiten bestehen, die bei geografisch begrenzten Angebots- oder Nachfrageschocks zu Lieferengpässen führen können – wie dies während der Pandemie der Fall war – oder die politisch ausgenutzt werden können. Die Verwundbarkeit, zu der Letzteres führen kann, wurde uns letztes Jahr bei russischen Energieträgern schmerzhaft vor Augen geführt. Eine Analyse der EU-Kommission hat jüngst gezeigt, dass die EU bei 137 strategisch wichtigen Produkten hochgradig abhängig von Importen aus Drittländern ist. Dabei handelt es sich vor allem um Rohstoffe, Elektroartikel, Chemikalien und



Markus J. Beyrer

Foto: BUSINESSEUROPE

pharmazeutische Wirkstoffe. Insgesamt machen diese sensiblen Produkte zwar nur etwa sechs Prozent der EU-Importe aus. Auf China entfallen jedoch etwa 52 Prozent des Gesamtwerts dieser Importe. Natürlich variiert die Abhängigkeit einzelner Unternehmen von China. Sie ist aber teils durchaus erheblich.

### Wo sehen Sie die strategisch größten und gefährlichsten Abhängigkeiten der EU von China?

**Marcus J. Beyrer:** Zuerst einmal möchte ich betonen, dass nicht jede Art von Abhängigkeit zwangsläufig problematisch ist. Die EU ist beispielsweise bei Produkten wie Möbeln oder Spielzeug relativ abhängig von Importen aus China. Dies macht uns aber nicht verwundbar, da ein plötzliches Wegfallen dieser Produkte keine nennenswerten Auswirkungen entlang



wichtiger Lieferketten hätte. Zudem könnte man diese Produkte leicht aus anderen Ländern beziehen.

Abhängigkeiten können gefährlich werden, wenn ein Land die Produktion von wichtigen Produkten dominiert und eine Diversifizierung kurzfristig nur sehr begrenzt möglich ist. Derartige Abhängigkeiten bestehen im Falle Chinas beispielsweise bei Magnesium, bei dem China für 89 Prozent der globalen Produktion verantwortlich ist. Dieser Rohstoff ist natürlich gerade für die Stahlproduktion enorm wichtig. Was bei einem Blick auf die Zahlen besonders auffällt, ist zudem die Abhängigkeit der EU von China gerade bei Materialien, die für die grüne Transformation unserer Wirtschaft von zentraler Bedeutung sind. So dominiert China die Upstream-Segmente der Herstellung von Solaranlagen, produziert also beispielsweise 76 Prozent des weltweit hergestellten Polysiliziums und 96 Prozent der Solar-Wafer. Zudem kontrolliert China 63 Prozent des Abbaus seltener Erden und 85 Prozent ihrer Veredlung, wobei die zentralen Akteure entlang der gesamten Lieferkette unter staatlicher Kontrolle stehen. Unsere zukünftige Wettbewerbsfähigkeit hängt vom Zugang zu diesen Materialien ab. Deshalb verfolgen wir genau die Pläne der EU-Kommission für ein europäisches Gesetz über kritische Rohstoffe.

### Wie kann die Europäische Union diese Risiken eindämmen?

**Marcus J. Beyrer:** Aus unserer Sicht lautet das Schlüsselwort: Diversifizierung. China ist und bleibt ein zentraler Produktions-, Forschungs-, und Investitionsstandort und ein bedeutender Absatzmarkt für europäische Unternehmen. Aber jedes Unternehmen muss für sich die Risiken analysieren, die sich aus einer eventuellen Abhängigkeit von China ergeben und gegebenenfalls Maßnahmen ergreifen, um diese einzudämmen.

Dabei ist es wichtig, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten Rahmenbedingungen schaffen,

die es Unternehmen ermöglichen, ihre Resilienz zu stärken. Gerade eine proaktive Handelspolitik, die neue Märkte öffnet und einen stabilen rechtlichen Rahmen für Investitionen in Drittmärkten und den Aufbau langfristiger Beziehungen mit neuen Zulieferern schafft, ist hier von großer Bedeutung. Wo die Möglichkeiten zur Diversifizierung wegen einer Konzentration der Produktion bestimmter Materialien begrenzt sind, müssen der öffentliche und der private Sektor eng zusammenarbeiten, um Lösungsansätze zu erarbeiten.

### Hat Europa eine Strategie? Und wie bewerten Sie diese?

**Marcus J. Beyrer:** Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind sich der Herausforderungen, die China darstellt, sehr bewusst. In ihrem strategischen Ausblick auf China, veröffentlicht im März 2019, bezeichnete die Europäische Kommission China gleichzeitig als Verhandlungspartner, als wirtschaftlichen Konkurrenten und als systemischen Rivalen. In den letzten vier Jahren hat sich das relative Gewicht dieser drei Aspekte jedoch verschoben.

Dies hat verschiedene Gründe. Einerseits führt die Konsolidierung der Rolle des Staates in der chinesischen Wirtschaft, verbunden mit der wachsenden Aktivität chinesischer Unternehmen außerhalb Chinas, zunehmend zu Wettbewerbsverzerrungen. Darunter leiden europäische Unternehmen. Andererseits haben einige Ereignisse der letzten Zeit die Herausforderungen, die China für die zentralen Werte und Interessen der EU darstellt, deutlich gemacht und die politischen Beziehungen zwischen den beiden Akteuren erheblich abgekühlt. Der Sanktionsstreit zwischen der EU und China wegen Menschenrechtsverletzungen in der Region Xinjiang gehört ebenso dazu wie Chinas wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen gegen Litauen oder seine zweideutige Haltung im Ukraine-Krieg. Auch die erheblichen Reisebeschränkungen im Rahmen von Chinas bis vor Kurzem



Foto: Raw18 - stock.adobe.com

bestehenden Null-Covid-Politik waren einer Zusammenarbeit mit China nicht zuträglich.

### **Wohin wird sich nach Ihrer Einschätzung das Verhältnis zwischen Europa und China langfristig entwickeln?**

**Marcus J. Beyrer:** Im aktuellen Kontext ist die Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zu China zunehmend mit umfassenderen strategischen Fragen im Zusammenhang mit der Souveränität und Sicherheit der EU verwoben. Dies bedeutet jedoch nicht, dass der triadische Ansatz der EU, China gleichzeitig als Partner, Konkurrenten und Systemrivalen zu betrachten, an Bedeutung verloren hat. Im Gegenteil, die EU muss weiterhin die Vielschichtigkeit ihrer Beziehungen zu China berücksichtigen, um letztlich eine Beziehung zu erreichen, die nachhaltiger, widerstandsfähiger und ausgewogener ist.

China ist und bleibt ein bedeutender Markt für europäische Unternehmen, und keine der beiden Seiten sollte ein Interesse daran haben, die Interdependenz zwischen unseren Volkswirtschaften zu verringern. Allerdings muss die EU die Risiken und Schwachstellen, die sich

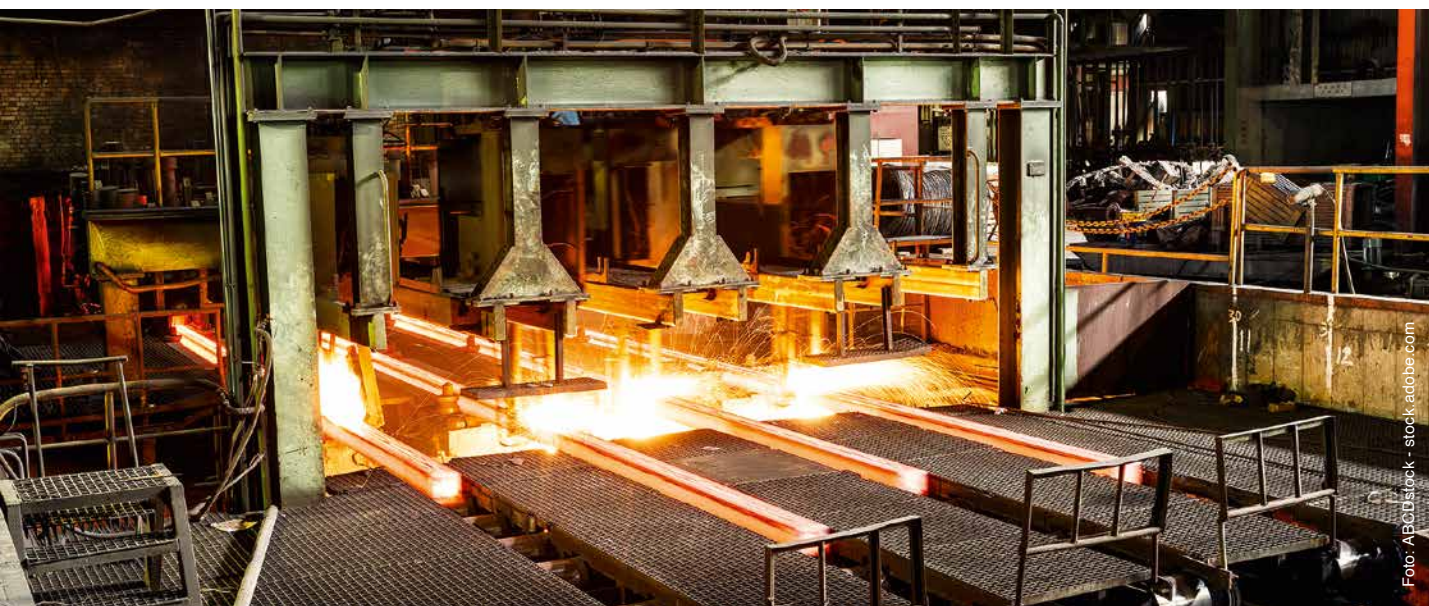
aus ihrer Exposition gegenüber China ergeben, abmildern und gleichzeitig versuchen, ausgewogenere und wechselseitige Wirtschaftsbeziehungen zu erreichen. Darüber hinaus muss die EU ihre Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern verstärken, um internationale Regeln zu schaffen, die faire Wettbewerbsbedingungen gewährleisten, und um Entwicklungsländern gemeinsam eine glaubwürdige Alternative zum chinesischen Modell zu präsentieren. Gleichzeitig bleibt es für die EU von entscheidender Bedeutung, sich um eine Einbindung Chinas bei Fragen von gemeinsamem Interesse zu bemühen – beispielsweise in der Klimapolitik und bei der Förderung internationaler Standards. Das Ende der Reisebeschränkungen stellt hier eine Chance für verstärkte Zusammenarbeit dar.

Die Welt hat sich in den letzten vier Jahren radikal verändert, und die EU ist noch dabei, sich an diese neue Realität anzupassen. Nichtsdestotrotz ist der Weg, den die EU in ihren Beziehungen zu China im Jahr 2019 eingeschlagen hat, insgesamt nach wie vor zweckmäßig.

**Wir bedanken uns für das Gespräch.** ■

## Stahlmarkt China

# Viel besser als sein Ruf



Das hierzulande oft gezeichnete China-Bild mit veralteten Stahlhütten und minderwertigen Stahlqualitäten entspricht nicht der Realität. Dekarbonisierung steht auch im Reich der Mitte auf dem Plan. Allerdings erlauben die häufigen Markteingriffe durch die Regierung keine zuverlässigen Prognosen.

**G**ut eine Milliarde Tonnen Stahl wurde in China im Jahr 2022 hergestellt – das sind 55 Prozent der weltweiten Erzeugung. Entsprechend groß ist der Einfluss des Landes auf die Weltmarktpreise von Rohstoffen und Stahl. Das Stahl-Exportvolumen von mehr als 67 Millionen Tonnen liegt zwar deutlich unter dem 2015 erreichten Spitzenwert von 112 Millionen Tonnen, macht das Land aber nach wie vor zum bedeutsamsten Player am Exportmarkt, mit

entsprechendem Einfluss auf das internationale Preisgefüge. Die größten Mengen fließen dabei in asiatische Nachbarländer. In die EU wurden im vergangenen Jahr rund 2,7 Millionen Tonnen geliefert und damit weniger als zehn Prozent der Gesamtimporte.

Das hierzulande oft gezeichnete China-Bild mit veralteten Stahlhütten und minderwertigen Stahlqualitäten ist nicht realistisch. Viele chinesische Stahlhersteller produzieren auf dem neuesten Stand der Technik Qualitäten, die auch europäische Kunden mit hohen Anforderungen zufriedenstellen. Daneben gibt es aber auch unzählige, vor allem kleinere Hersteller, auf die die europäische Sicht tatsächlich zutreffen mag. Die Dekarbonisierung der Stahlindustrie steht auch in China auf dem Plan. Das Ziel lautet, bis 2060 CO<sub>2</sub>-Neutralität zu erreichen. Als stärkster kurzfristiger Hebel soll die Erhöhung des Schrotteinsatzes dienen, wozu Sammel- und Sortiersysteme kräftig ausgebaut werden. Bis in die 2030er Jahre soll der Erzeugungsanteil der Elektrostahl-Route um den Faktor fünf von



derzeit 10 % auf ungefähr 50 % erhöht werden, während die bisher dominierenden Hochofenroute an Gewicht verlieren wird.

Eine flächendeckende schnelle Umstellung auf die wasserstoffbasierte Direktreduktion, wie sie die EU verfolgt, wird zwar unter anderem aus Kostengründen und mit Blick auf die begrenzte Verfügbarkeit der nötigen Rohstoffe kritisch gesehen. Trotzdem gibt es interessante, auch privat finanzierte Projekte, die zeigen, dass mit chinesischen Herstellern auch auf diesem Feld zu rechnen ist. Bereits Ende 2022 hat der zweitgrößte Stahlhersteller des Landes, die HBIS-Gruppe, zusammen mit dem Anlagenbauer Tenova den Bau einer Pilot-Direktreduktionsanlage mit einer Jahreskapazität von 1,2 Millionen Tonnen abgeschlossen. Diese wird mit Gas betrieben, das mit Wasserstoff angereichert wird.

### Ehrgeizige CO<sub>2</sub>-Einsparziele

Der weltweit größte Stahlhersteller Baosteel will seine CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 gegenüber 2020 um 30 Prozent reduzieren und bis 2050 CO<sub>2</sub>-neutral werden. Eine für Gas- und Wasserstoffeinsatz geeignete Direktreduktionsanlage mit einer Jahreskapazität von einer Million Tonnen soll spätestens bis 2024 in Betrieb gehen. Ende 2022 hat das Unternehmen CO<sub>2</sub>-reduzierte Bauteile für die Automobilindustrie ins Angebot aufgenommen.

Das zyklische Auf und Ab des Stahlmarktes wird in China durch zwei Besonderheiten verstärkt. Zum einen greift die Regierung immer wieder in schwer vorhersehbarer Weise in den Markt ein. Beispiele dafür sind Verfügungen zum Kapazitätsabbau, zum Außenhandel oder zur kurzfristigen Produktionsdrosselung. Auch fiskalpolitische Maßnahmen zur gezielten Erhöhung der Nachfrage sind Normalität. Die Wirkung dieser Eingriffe wird dadurch verstärkt, dass Stahl- und Rohstoffpreise weit stärker als in Europa dem Einfluss des Finanzmarktes ausgesetzt sind. Spekulative Übertreibungen führen immer wieder zu starken Preisausschlägen. Daher sind

Prognosen zum Stahlmarkt in China noch schwieriger als für andere Regionen der Welt.

Wie sieht nun die aktuelle Lage aus? Die chinesischen Stahlpreise sind über weite Strecken des Jahres 2022 gefallen und hatten im Oktober den niedrigsten Stand seit Mitte 2020 erreicht. Strukturell lastet die Krise des Bau- und Immobiliensektors, auf den der mit Abstand größte Teil der Nachfrage entfällt, auf dem Markt. Im vierten Quartal aber setzte bei den Stahl- und Rohstoffpreisen eine Wende ein. Ende Januar lagen die Preise am Spotmarkt um umgerechnet 100 bis 120 US-Dollar/Tonne über dem Tiefstand vom Oktober 2020. Der Markt profitierte vom Stimmungsumschwung, nachdem die Regierung die Abkehr von der radikalen Corona-Eindämmungspolitik verkündet hatte.

Unterstützt wurde der Preisanstieg daneben von mehreren neuen Konjunkturpaketen der Regierung, mit denen insbesondere der angeschlagene Immobiliensektor unterstützt werden soll. Auch Bestandsauffüllungen im Vorfeld des 2023 schon ungewöhnlich früh stattfindenden chinesischen Neujahrsfestes haben den Markt am Jahresanfang gefestigt. Bisher scheint der Aufschwung deutlich mehr von Erwartungen als von Fakten getragen. Die kommenden Monate werden zeigen, ob sich daran etwas ändert. Auch ob sich die verbreitete Hoffnung auf eine stärkere wirtschaftliche Dynamik tatsächlich erfüllt, muss abgewartet werden. ■



**STAHLMARKTCONSULT**  
ANDREAS SCHNEIDER

Schleiermacherstr. 7  
51377 Leverkusen  
Telefon: 02 14 / 31 22 81 64  
a.schneider@stahlmarkt-consult.de  
www.stahlmarktconsult.de



Foto: privat

**Ansprechpartner**

## Abhängig von China?

# Das Problem ist nicht der Import, sondern der Export

Mehr als 62.000 Arbeitsplätze in Deutschland sind vom China-Geschäft abhängig. Damit liegen die WSM-Industrien auf Rang zwei zwischen dem Maschinenbau und dem Fahrzeugbau. Und das sind auch noch die wichtigsten Kundenbranchen.



Foto: romischua - stock.adobe.com

Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie im Jahr 2020 haben wir gelernt, wie umfangreich die Palette an Produkten ist, deren Herstellung in Hochkostenländern und einer globalisierten Wertschöpfungsstruktur nicht wirtschaftlich darstellbar ist. Obwohl diese Produkte häufig lediglich von geringem Geldwert sind, hat ihr Fehlen in den internationalen Versorgungs- und Lieferketten zu drastischen ökonomischen Auswirkungen geführt. Beginnend mit Hygieneartikeln wie Gummihandschuhen oder Mund-Nase-Bedeckungen zogen sich die Lieferschwierigkeiten über Halbleiter bis hin zu Arzneimitteln. Zu Recht stellt diese Ausgabe

der WSM-Nachrichten daher die Frage nach der Abhängigkeit der deutschen Stahl- und Metallverarbeitung von China. Denn nicht nur das Virus hatte seinen Ursprung im bevölkerungsreichsten Land der Erde, sondern auch die meisten der Versorgungsengpässe – und das, obwohl das Handelsvolumen Deutschlands mit China nur drei Prozent beträgt. (Abb. 1)

Eine Auswertung der internationalen Input-Output-Tabellen von FIGARO (Full International and Global Accounts for Research in Input-Output Analysis) durch das Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln (IW) auf Basis des Jahres 2020 weist keine hohe Abhängigkeit der Branche Stahl- und Metallverarbeitung in Deutschland von chinesischen Vorleistungslieferungen aus. Der Anteil der Vorleistungslieferungen aus China an den Vorleistungslieferungen aus dem gesamten Ausland lag 2020 im Wirtschaftszweig 25 („Herstellung von Metallerzeugnissen“) bei 5,6 Prozent und damit unter dem Durchschnitt der untersuchten Industrien, der bei 6,6 Prozent lag. Der Wert liegt für den Wirtschaftszweig 24 („Metallerzeugung und Bearbeitung“), dem neben der Stahl erzeugenden Industrie und anderen auch die erste Verarbeitungsstufe umfasst, die ebenfalls zu den WSM-Branchen zählt, bei 3,2 Prozent.



Abbildung 2



„Zur Abhängigkeit einzelner Industriezweige von China“, IW-Report 5/2023



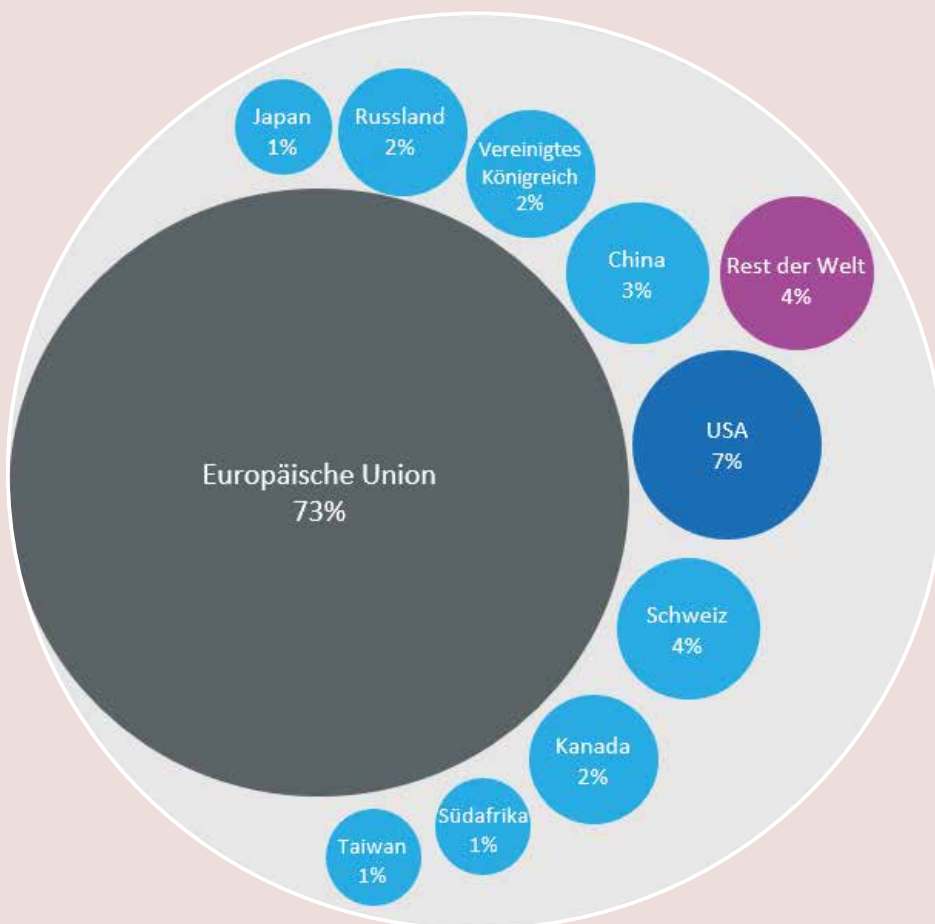
Allerdings ist eine starke Abhängigkeit von Zulieferungen von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie elektrischen Ausrüstungen aus China erkennbar, die sich über sämtliche betrachtete Industrien hinwegzieht. Dies trifft vergleichbar auf andere wichtige Industrieländer zu und bestätigt die Erfahrung, dass Halbleiter im Verlauf der Pandemie global zu einem Engpassfaktor geworden sind.

Die Betrachtung von Importabhängigkeiten auf der Ebene zweistelliger Wirtschaftszweige birgt

sowohl die Gefahr einer Über- wie einer Unterschätzung. Die Abhängigkeit wird überschätzt, wenn die Vorleistungen ohne größeren Aufwand auf alternative Lieferanten verlagert werden können. Sie wird dagegen unterschätzt, wenn für die Wertschöpfungskette unverzichtbare Produkte auf der aggregierten Branchenebene einen geringen Wert aufweisen. Die tatsächliche Abhängigkeit lässt sich daher mittels amtlich vorliegender Daten allenfalls mit Hilfe von Indikatoren ermitteln.

Neben der Importabhängigkeit betrachtet die IW-Studie auch die exportseitige Abhängigkeit der deutschen Industriebranchen von China. Diese wird mittels der Datenquelle – Trade-in-Value-Added-Datenbank (TIVA) der OECD – ermittelt. Die TIVA-Daten messen die

**Abbildung 1: Anteile aller Handelspartner an abhängigen Industriegütern für das Jahr 2019 für Deutschland**



Quelle: BDI Positionspapier Januar 2023 „Neues Momentum für die Globalisierung“, S. 16

„Die marktseitige Abhängigkeit der deutschen Stahl- und Metallverarbeitung von China ist signifikant höher als die importseitige Abhängigkeit.“

Wertschöpfung, die zwischen Ländern gehandelt wird, und berücksichtigen neben direkten Lieferungen auch indirekte Lieferungen über Drittländer an das betrachtete Zielland. Ebenso werden indirekte Lieferungen über Zwischenbranchen berücksichtigt, also etwa Stahlerzeugnisse, die zunächst in eine Maschine oder ein Fahrzeug eingebaut und dann nach China exportiert werden. Auf dieser Basis schätzt die OECD die Anzahl der von diesen Lieferungen abhängigen Arbeitsplätze. Laut dieser Schätzung liegt die von China abhängige Anzahl in der deutschen WSM-Industrie bei 62.600 Arbeitsplätzen und damit auf Rang zwei hinter dem Maschinenbau und vor dem Fahrzeugbau. Bezogen auf die knapp 680.000 Beschäftigten des Wirtschaftszweiges 25 im Jahr 2018 sind das mehr als neun Prozent, im Maschinenbau liegt dieser Wert bei 8,4 Prozent.



### Abbildung 3

Dieser Befund weist auf die tatsächliche Bedrohung durch die chinesische Industrie hin – die Wettbewerbsfähigkeit. Diese nimmt in Deutschland sukzessive ab, während sie in China staatlich gestützt und gefördert wird. Auch die wichtigsten Kundenbranchen der WSM-Industrien, der Fahrzeug- und der Maschinenbau, weisen hohe Abhängigkeiten vom chinesischen Markt auf.

Welcher Schluss ist daraus zu ziehen? Deutsche Industriepolitik muss lernen, in Wertschöpfungsstrukturen zu denken und zu handeln. Es

reicht nicht aus, auf der einen Seite Rohstoffpolitik zu betreiben und auf der anderen Seite den Verkauf von Endprodukten wie Elektrofahrzeugen marktseitig zu fördern. Die Wertschöpfungsketten sind bisher die Stärke der deutschen Industrie. Sie zu erhalten und auszubauen, muss auch auf europäischer Ebene zum Ziel werden. Daher ist es etwa unzureichend, die inzwischen beschlossene CO<sub>2</sub>-Abgabe auf importierte Rohstoffe zu begrenzen. Auch die Zwischen- und Endprodukte müssen vor internationalem Wettbewerb geschützt werden. Und auf der Endproduktseite müssen im neuen Green Deal Industrial Plan der Europäischen Kommission auch die Zulieferbranchen der Windkraftanlagen- und Energiespeicher-Hersteller berücksichtigt werden.

Wir müssen also über Resilienz sprechen. Klimaziele sind nur mit einer starken industriellen Basis erreichbar. Es wäre töricht, die für den Wandel notwendigen Komponenten und Teile im Ausland produzieren zu lassen und sie dann mit einem großen CO<sub>2</sub>-Rucksack zu reimportieren. Nur in Europa sind die Umwelt- und Klimastandards bereits ausreichend hoch, um die Produktion der CO<sub>2</sub>-freien Technologien klimaverträglich gewährleisten zu können. ■

#### Dipl.-Kaufmann Holger Ade

Leiter Industrie- und Energiepolitik

#### WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.

Goldene Pforte 1  
58093 Hagen  
Telefon: 02331 / 95 88 21  
hade@wsm-net.de  
www.wsm-net.de



**Ansprechpartner**



WSM-PARTNER

# Gemeinsam stark!

## INDUSTRIELLE VERSICHERUNGEN



Versicherungsstelle Stahl- und Metallverarbeitung  
Ein Unternehmen der LEUE NILL Gruppe

**VSM Versicherungsstelle  
Stahl- und Metall-  
verarbeitung GmbH**  
Hohenzollernstraße 2  
44135 Dortmund

**Günter Hennig**

Telefon: 0231 5404430  
Fax: 0231 54047430  
guenter.hennig@leue.de

## ENERGIEBERATUNG



Energie Consulting GmbH  
energy consultants

**ECG Energie Consulting  
GmbH**  
Wilhelm-Leonhard-Straße 10  
77694 Kehl-Goldscheuer

**Prof. Dr. Jürgen Joseph**

Telefon: 07854 98750  
Fax: 07854 9875200  
juergen.joseph@ecg-kehl.de

## UNTERNEHMENSBERATUNG



VIA Consult

**VIA Consult GmbH & Co. KG**  
Martinstraße 25  
57462 Olpe/Biggesee

**Guido Solbach**

Telefon: 02761 83668-14  
Fax: 02761 83668-24  
g.solbach@via-consult.de

## UNTERNEHMENSBERATUNG

**hahn,consultants gmbh**  
Memeler Straße 30  
42781 Haan



**Holger Hahn**

Telefon: 02129 557333  
Fax: 02129 557311  
h.hahn@hahn-consultants.de

## FINANZIERUNG

**Deutsche Bank AG  
Verbände und Institutionen**  
Taunusanlage 12  
60325 Frankfurt



**Dr. Alexander Winkler**

Telefon: 069 910-39018  
alexander.winkler@db.com

## Gewinnen mit China?

# Notwendig ist mehr und nicht weniger Vernetzung

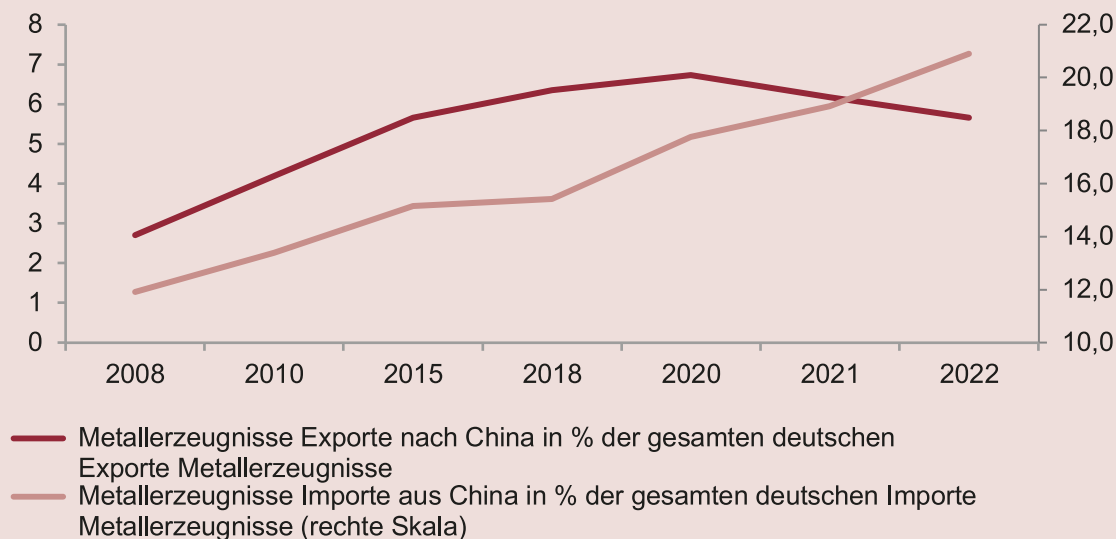
Die Lehre aus der Pandemie ist klar: Im Umfeld zunehmender globaler Komplexität und Unberechenbarkeit müssen Lieferketten robuster werden. Denn die Logik des „Just in time“ gilt nur unter optimalen weltwirtschaftlichen Bedingungen – und die sind nicht immer gegeben.

Nach der Finanzkrise hat sich die chinesische Wirtschaft als wichtiger Anker der globalen Erholung erwiesen. Denn in den Jahren 2010 und 2011 lag der Beitrag Chinas zum weltweiten Wirtschaftswachstum bei jeweils rund einem Prozentpunkt pro Jahr. Damit hat China in den beiden Jahren etwa 25 % zum Wachstum beigetragen. Durch die Konjunkturprogramme der chinesischen Regierung erhielten auch global aufgestellte und exportstarke deutsche Unternehmen Rückenwind, und sie konnten die Krise relativ schnell hinter sich lassen. Auch die Produktion der Metallindustrie

erholte sich schnell. Zwischen den Jahren 2009 und 2011 gelang ein Produktionsplus von mehr als 25 Prozent. (Abb. 1) Seitdem hat vor allem in den Branchen der Metallerzeugnisse die Bedeutung Chinas als Handelspartner weiter zugenommen. Der Anteil der Im- und Exporte aus und nach China hat sich seit der Finanzkrise quasi verdoppelt.

Zwischen 2010 und 2019 hat die chinesische Wirtschaft 0,9 Prozentpunkte beziehungsweise fast 30 Prozent zum jährlichen globalen Wirtschaftswachstum beigetragen. China war und

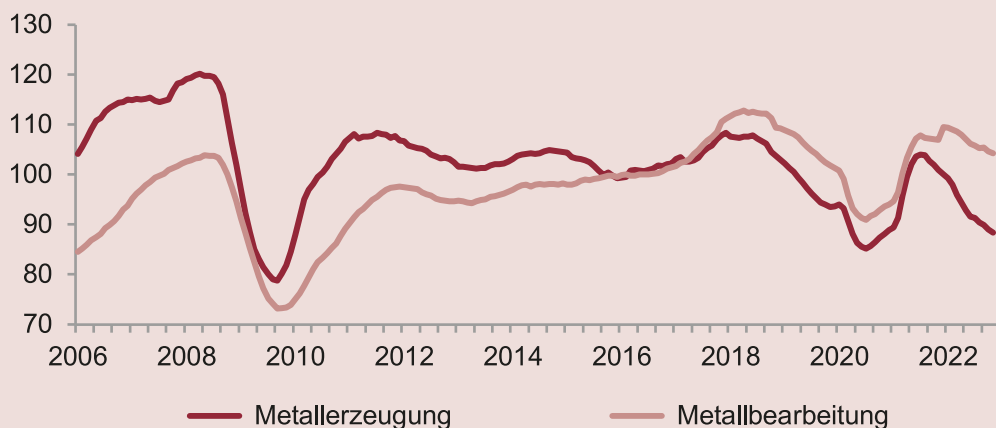
Abbildung 1: Deutsche Metallerzeugnisse, Handel mit China



Quelle: Statistisches Bundesamt



**Abbildung 2: Produktion, 2015 = 100 (gleitender 12-Monatsdurchschnitt)**



Quelle: Statistisches Bundesamt

ist der alternativlose Wachstumsmotor der Weltkonjunktur. Kein anderer Wirtschaftsraum kann den globalen Wachstumsbeitrag Chinas ersetzen. Wenn es also darum geht, dass das globale Wirtschaftswachstum zu einem großen Maße abhängig ist von China, dann ist dies ohne Zweifel zu bejahen.

Und diese Abhängigkeit wird anhalten. Denn auch wenn die Wirtschaftsdynamik Chinas nachlässt, wird die zunehmende wirtschaftliche Größe des Landes weiterhin für einen bedeutenden Beitrag zum Wirtschaftswachstum sorgen. Zudem besteht angesichts des relativ niedrigen Pro-Kopf-Einkommens und des damit verbundenen geringen Lebensstandards der breiten chinesischen Bevölkerung nach wie vor ein enormer Aufholbedarf beim Konsum.

Aktuell wird deshalb bei den Wachstumsprognosen für die Weltwirtschaft vor allem auf Chinas Konjunkturbelebung vertraut. Denn momentan muss von einer konjunkturellen Eintrübung in der Euro-Zone und den USA ausgegangen werden. Auch die deutsche Metallindustrie kämpft bereits mit sinkenden Produktionszahlen. (Abb. 2) Wie nach der Finanzkrise liegt deshalb viel Hoffnung auf Chinas Konjunkturentwicklung, die eine wichtige Stütze der globalen Erholung im Verlauf der Jahre 2023 und vor allem auch 2024 werden sollte.

Mit dem nur überschaubaren Potenzialwachstum in den USA sowie in der Euro-Zone sehen deutsche Unternehmer China als einen entscheidenden Partner an, um Wachstum bei Umsatz und Gewinn zu generieren. So wurden die deutschen Direktinvestitionen in China bis vor der Corona-Pandemie ständig ausgeweitet (Abb. 3). Deutsche Unternehmen haben sich nicht gescheut, mehr Kapazitäten für Absatzmärkte in China zu installieren und so die Abhängigkeit ihrer Bilanz von der chinesischen Wirtschaft zu erhöhen. Somit ist ein stabiler und überschaubarer Anteil Chinas an den deutschen Gesamtexporten auch kein Indiz für eine Relativierung der Abhängigkeiten. Deutsche Unternehmen treiben ihre Globalisierungsaktivitäten nicht nur durch den Handel, sondern vor allem durch die Verlagerung von Kapital voran. Ob Umsatz oder Bilanz, die Bedeutung Chinas hat sich für deutsche Unternehmen in den letzten zehn Jahren spürbar erhöht – und dies aus einer gewollten unternehmerischen Entscheidung heraus, um am chinesischen Wachstumspotenzial teilzuhaben.

**Ist Abhängigkeit ein zu hoher Preis für bilaterale Partnerschaft?**

Doch die Bedeutung Chinas für den Welthandel und die deutsche Wertschöpfung wird zunehmend mit Besorgnis betrachtet. So wird vor allem seit der

Corona-Pandemie von einer einseitigen Abhängigkeit von China und immer weniger von bilateraler Partnerschaft gesprochen. Während solch eine Abhängigkeit nach der Finanzkrise als durchaus positiv für die deutsche Wirtschaft eingeschätzt wurde, wird dies im Umfeld von Lieferengpässen nun kritischer beurteilt. Statt als Wachstumstreiber wird China nun als grundsätzlicher Risikofaktor für die deutsche Wirtschaft und ihre Wertschöpfungsketten angesehen.

Wurde die Ausweitung des internationalen Handels und damit die Spezialisierung als Erfolg der Globalisierung angesehen, sind es nun gerade diese Vernetzung und Arbeitsteilung, die als Schwachpunkte identifiziert werden. Die globale Volatilität der letzten Jahre, insbesondere infolge der Corona-Pandemie, hat die Schwachstellen globaler Wertschöpfungsketten sicherlich offengelegt: Angebotsschocks oder die Stilllegung von Häfen infolge von Lockdown-Maßnahmen haben zu einem temporären Zusammenbruch von Wertschöpfungsketten geführt. Probleme in einem Teil der Welt haben sich durch die starke Vernetzung zu weltweiten Problemen ausgeweitet – und die Inflation angeheizt.

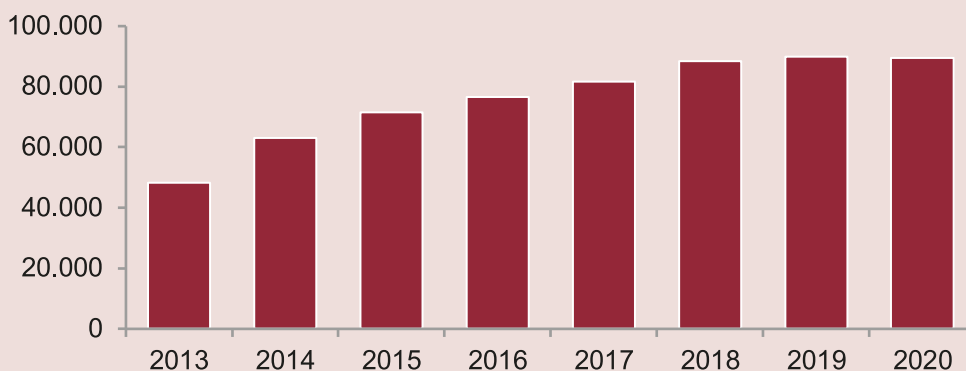
Doch dies ist kein China-spezifisches Thema. Der Zusammenbruch der Lieferketten war keine Folge einer chinesischen Entscheidung, der

deutschen Wirtschaft zu schaden. Auslöser war der Ausbruch einer Pandemie. Angesichts des enormen Ausmaßes der Pandemie mögen die Angebotsprobleme sogar als eher überschaubar eingeschätzt werden. Denn die Lieferengpässe haben sich infolge von Kapazitätsausweitung und eines sich normalisierenden Handels inzwischen spürbar entspannt.

Bei all den Problemen mit Lieferengpässen und Störungen bei Wertschöpfungsketten ist allerdings zu erkennen, dass die deutsche Industrieproduktion und insbesondere die Produktion der Metallbranchen die Corona-Pandemie relativ gut verkraftet haben. Es ist vielleicht gerade die globale Vernetzung, die es erlaubt hat, Ressourcen schnell neu zu allokalieren, Kapazitäten auszuweiten und Schocks schneller zu verarbeiten.

Der Grundgedanke des freien Handels und der Globalisierung basiert auf Arbeitsteilung und einer daraus resultierenden gegenseitigen Abhängigkeit. Doch die Lösung liegt sicherlich nicht im On-shoring. Das Zurückdrehen der Spezialisierung wird weitreichende Verluste an Produktivität und somit des Wohlstands für den Standort Deutschland mit sich bringen. Außerdem hat Deutschland einen hohen Handelsbilanzüberschuss. Trotz eines niedrigen Potenzialwachstums produziert die Wirtschaft also

**Abbildung 3: Deutsche Direktinvestitionen in China in Mio. €**



Quelle: Deutsche Bundesbank





Foto: alotofpeople - stock.adobe.com

mehr Güter, als durch die Binnennachfrage benötigt wird. Wir sind schon länger von anderen Ländern abhängig, um unsere Produktionskapazitäten auszulasten. Da es sich hier jedoch um Nachfrage handelt, wird dies oftmals weniger kritisch gesehen als im Falle einer länderspezifischen Abhängigkeit auf der Angebotsseite, vor allem, wenn diese auf ein einzelnes Land reduziert werden kann.

### **Kein Rückzug, sondern mehr bilaterale Handels- und Investitionsabkommen mit China**

Angebot und Nachfrage aus Deutschland hängen von globalen Entwicklungen ab. Dies ist zwangsläufig so bei einer Volkswirtschaft, die integraler Bestandteil globaler Wertschöpfungsketten geworden ist. Entscheidend ist, von dem Begriff „Abhängigkeit“ Abstand zu nehmen und eher von „Partnerschaft“ zu sprechen – auch im Falle von China. Natürlich mag infolge von Rohstoffimporten oder Zulieferungen von intermediären Produkten eine gewisse Abhängigkeit zu einem Land bestehen. Doch im Falle Chinas ist diese gegenseitig. Chinas Wachstum ist in einem immer größeren Maße vom globalen Wirtschaftswachstum abhängig; die Korrelation zwischen globalem und chinesischem Wachstum ist mit dem Beitritt Chinas zur WTO Ende 2001

deutlich angestiegen. Chinesische Ziele sind deshalb nur unter der Berücksichtigung globaler Partnerschaften und Interessen erreichbar.

Der Gedanke eines chinesischen Alleingangs beziehungsweise diametral entgegengesetzter Interessen zu denen der Weltgemeinschaft ist deshalb immer weniger zutreffend. Denn ein chinesischer Alleingang würde der dortigen Wirtschaft empfindlich schaden. Nötig für stabile und belastbare deutsche Lieferketten ist also, bilaterale Handels- und vor allem Investitionsabkommen mit China zu intensivieren. Schädlich ist es hingegen, eine höhere Unabhängigkeit anzustreben, die der deutschen Wertschöpfung empfindlich schaden würde. ■

**Dr. Klaus Bauknecht**  
Chefvolkswirt

**IKB Deutsche Industriebank AG**  
Wilhelm-Bötzes-Str. 1  
40474 Düsseldorf  
Telefon: 0211/8221-4118  
klausdieter.bauknecht@ikb.de  
www.ikb.de



Foto: IKB Deutsche Industriebank AG

**Ansprechpartner**



Drei Fragen an...

# Christian F. Kocherscheidt

geschäftsführender Gesellschafter EJOT Holding GmbH & Co. KG

**Ihr Unternehmen exportiert nicht nur nach China, sondern unterhält dort auch eine Produktionsstätte. Wie wichtig ist China für EJOT?**

**Christian F. Kocherscheidt:** Unser chinesischer Standort ist für unsere Gruppe von großer Bedeutung. Wir beschäftigen dort knapp 300 Mitarbeiter und sind dort insbesondere in die Automobilindustrie eingebunden. Zum einen ist die Größenordnung des chinesischen Marktes wichtig. Wer dort nicht mitspielt, offenbart eine offene Flanke, die Wettbewerber ausnutzen könnten. Zudem ist der Markt technologisch relevant. Ein gutes Beispiel dafür ist die Elektromobilität. In China gibt es zahlreiche lokale Anbieter, die sich zunehmend international aufstellen.

**Die Globalisierung des deutschen Mittelstands wird zunehmend als Risiko gesehen, insbesondere, wenn es um die Frage der Abhängigkeit von China geht. Hat diese Diskussion für Sie eine Bedeutung?**

**Christian F. Kocherscheidt:** Für mich war die Globalisierung unserer Gruppe bislang eine Stärke. Selbstverständlich bergen alle Auslandsmärkte Risiken, die zum Beispiel aus der Kultur, dem Rechtssystem, der Währung und der Geopolitik rühren können. Allerdings ist die Beschränkung auf den heimischen deutschen oder europäischen Markt auch nicht unproblematisch.



**Christian F. Kocherscheidt**

Foto: EJOT

Bei den Risiken wird es darauf ankommen, dass sie im schlimmsten Fall verkräftbar sind und die Existenz des Unternehmens als Ganzes nicht gefährden dürfen. Das ist für uns aktuell in Bezug auf China nicht der Fall. Es bleibt wichtig, diese Risiken im Auge zu behalten.

**Was würden Sie einem deutschen Mittelständler raten, wenn er an Investitionen in China denkt?**

**Christian F. Kocherscheidt:** Ich würde raten, klein und überschaubar anzufangen. So haben wir das gemacht. Wir sind mit einer kleinen Maschinengruppe in gemieteten Räumen gestartet und haben den Markt getestet. Das bedeutete von vornherein, dass wir auf den lokalen Markt abzielten und nicht die Strategie verfolgten, in China billig zu produzieren und dann diese Produkte nach Deutschland und Europa zu exportieren.

**Wir bedanken uns für das Gespräch.** ■

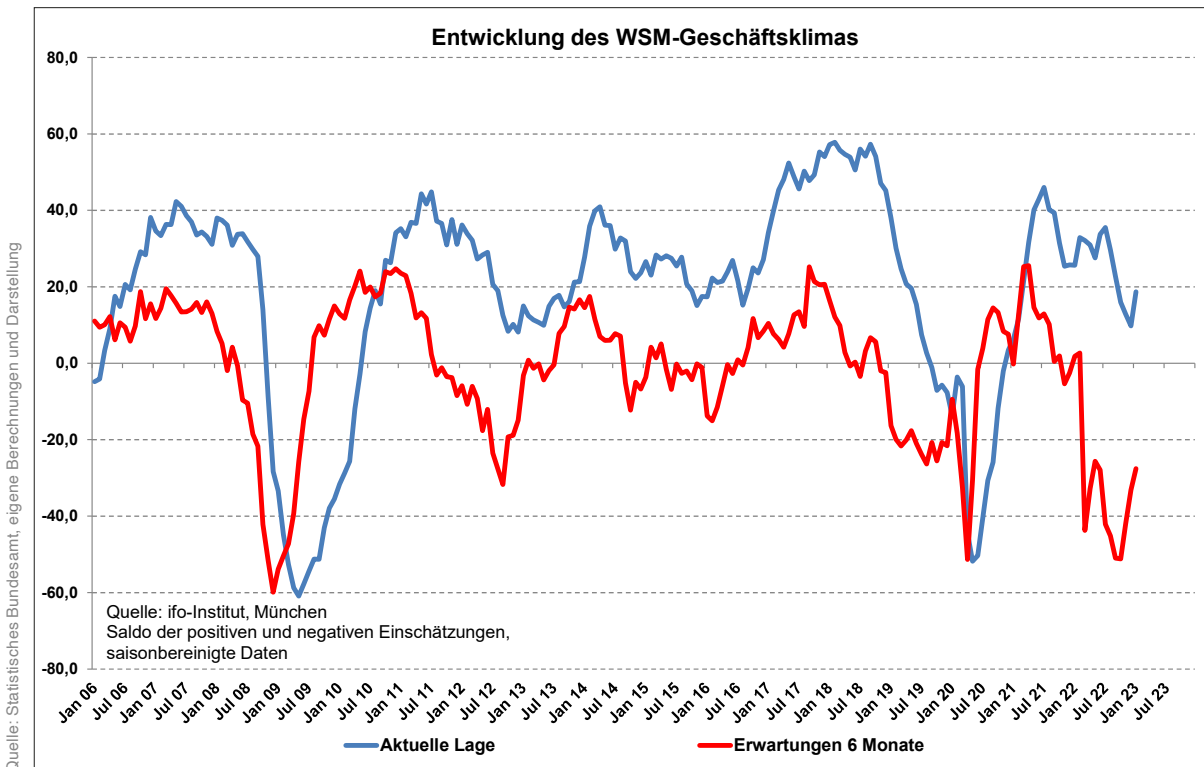
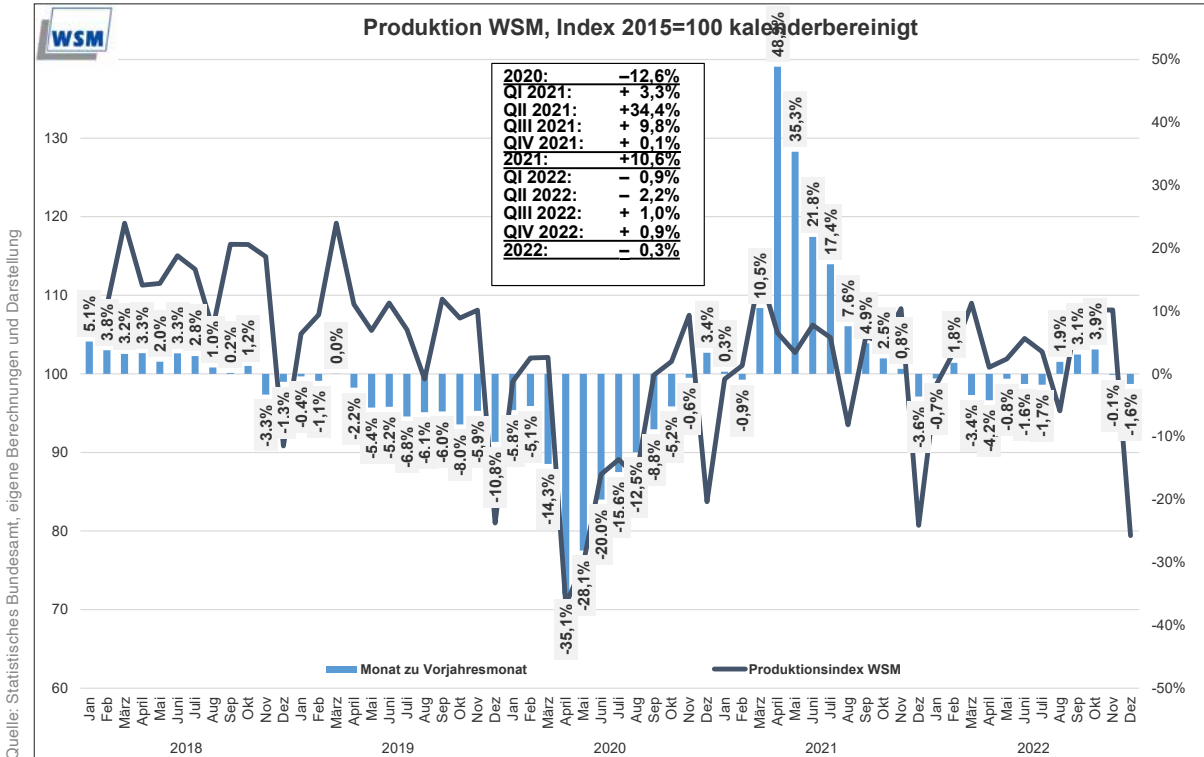


# WSM Mitgliedsverbände

- **Deutscher Schraubenverband e.V. – DSV**  
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Telefon: 02333 799-0, [www.schraubenverband.de](http://www.schraubenverband.de)
- **Eisendraht- und Stahldraht-Vereinigung e.V. – ESV**  
Kaiserswerther Str. 137, 40474 Düsseldorf, Telefon: 0211 4564237, [www.drahtverband.org](http://www.drahtverband.org)
- **Fachverband Industrie verschiedener Eisen- und Stahlwaren e.V. – IVEST**  
An der Pönt 48, 40885 Ratingen, Telefon: 02102 186200, [www.ivist.de](http://www.ivist.de)
- **Fachvereinigung Kaltwalzwerke e.V. – FVK**  
Kaiserswerther Str. 137, 40474 Düsseldorf, Telefon: 0211 4564120, [www.fv-kaltwalzwerke.de](http://www.fv-kaltwalzwerke.de)
- **Fachverband Metallwaren- und verwandte Industrien e.V. – FMI**  
Leostr. 22, 40545 Düsseldorf, Telefon: 0211 5773910, [www.fmi.de](http://www.fmi.de)
- **Fachverband Pulvermetallurgie e.V. – FPM**  
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Telefon: 02331 958817, [www.pulvermetallurgie.com](http://www.pulvermetallurgie.com)
- **Herstellerverband Haus & Garten e.V. – HHG**  
Deutz-Mülheimer Str. 30, 50679 Köln, Telefon: 0221 2798010, [www.herstellerverband.de](http://www.herstellerverband.de)
- **Industrieverband Bau- und Bedachungsbedarf – IV B+B**  
Lechfeldstraße 67, 86899 Landsberg am Lech, Telefon: 08191 4286719, [info@ivbb-net.de](mailto:info@ivbb-net.de)
- **Industrieverband Blechumformung e.V. – IBU**  
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Telefon: 02331 958831, [www.industrieverband-blechumformung.de](http://www.industrieverband-blechumformung.de)
- **Industrieverband Garten e.V. – IVG**  
Wiesenstraße 21a, 40549 Düsseldorf, Telefon: 0211 90999800, [www.ivg.org](http://www.ivg.org)
- **Industrieverband Härtetechnik e.V. – IHT**  
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Telefon: 02331 958825, [www.haertetechnik.org](http://www.haertetechnik.org)
- **Industrieverband Massivumformung e.V. – IMU**  
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Telefon: 02331 958813, [www.massivumformung.de](http://www.massivumformung.de)
- **Verband der Deutschen Federnindustrie e.V. – VDFI**  
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Telefon: 02231 958851, [www.federnverband.de](http://www.federnverband.de)

WSM-Konjunktur

# AUF EINEN BLICK



## WSM-Konjunktur

# Produktion im Jahr 2022 verfehlt Vorjahresniveau knapp um 0,3 Prozent



Die seit August positiven Wachstumsraten konnten nicht bis zum Jahresende fortgeschrieben werden. Insbesondere der Dezember sorgte mit einem Minus von 1,6 Prozent für das knappe Verfehlen der schwarzen Null. Die im Jahresverlauf rückläufige Nachfrage dürfte eine Ursache für die schwächeren Schlussmonate in der Produktion sein. Auch in der Automobilindustrie sind die Auftragseingänge stetig zurückgegangen. Dort ist mit der Ankündigung der veränderten Förderstruktur für die Elektromobilität ab 2023 ein Wachstumstreiber weggefallen. Die Auftragseingänge in den WSM-Branchen liegen knapp drei Prozent unter dem Niveau des Jahres 2021.

Trotz des ernüchternden Jahresausklanges 2022 wird der Start in das Jahr 2023 in den Stahl und Metall verarbeitenden Unternehmen in Deutschland von Optimismus begleitet. Beide Komponenten des Geschäftsklimas stiegen im Januar 2023 gegenüber dem Vormonat deutlich an. Während sich die Erholung der Zukunftserwartungen mit einem Plus von 5,6 Saldenpunkten fortsetzt, brechen die Einschätzungen der aktuellen Geschäftslage überraschend nach fünf Rückgängen in Folge den Abwärtstrend und steigen um beachtliche 8,9 Saldenpunkte.

Die Herausforderungen sind indes nicht kleiner geworden, allenfalls erscheinen sie angesichts der voraussichtlich ausbleibenden Rezession beherrschbarer als zuletzt befürchtet. Dass Euphorie keineswegs angebracht ist, legt der Blick auf die Auslastung der Produktionskapazitäten nahe. Sie ist im Januar 2023 gegenüber Oktober 2022 um mehr als einen Prozentpunkt gesunken.



### Grafik

Produktion WSM,  
Index 2015 = 100 kalenderbereinigt



### Grafik

Entwicklung des WSM-Geschäftsklimas

Die Bundesregierung ist aufgefordert, dem von Wirtschafts- und Klimaminister ausgerufenen „Jahr der Industrie“ ein bekenndes „Ja“ zum Standort Deutschland und Europa – als Auftakt einer langfristigen Industriepolitik – folgen zu lassen. Ein Abbau der Bürokratie, beginnend bei den Energiepreisbremsen, wäre ein kostenloses Konjunkturprogramm. Auf dieser Basis könnten zielgenaue Förderprogramme auch den industriellen Mittelstand erreichen und auf den Weg der Transformation mitnehmen. ■

### Dipl.-Kaufmann Holger Ade

Leiter Industrie- und Energiepolitik

### WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.

Goldene Pforte 1  
58093 Hagen  
Telefon: 02331 / 95 88 21  
hade@wsm-net.de  
www.wsm-net.de



**Ansprechpartner**





## Konjunkturprognose 2023

# Die deutsche Wirtschaftsleistung dürfte 2023 zumindest stagnieren

**F**ür die deutsche Wirtschaft haben sich entscheidende ökonomische Rahmenbedingungen deutlich verbessert. Dennoch dürfte der Start in das laufende Jahr ähnlich schwach ausgefallen sein wie das Schlussquartal 2022. Die Wirtschaftsleistung könnte im ersten Quartal 2023 erneut um etwa 0,25 % gegenüber dem Vorquartal schrumpfen. In diesem Fall würde die technische Rezession jedoch weit schwächer ausfallen, als noch Anfang Herbst 2022 zu befürchten war. Daher haben wir unsere Wachstumsprognose für das Jahr 2023 um einen Prozentpunkt nach oben angepasst. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) dürfte im Durchschnitt des laufenden Jahres auf dem Vorjahresniveau verbleiben, nachdem es in 2022 um 1,8 % expandierte.

Zu den positiven Faktoren zählen die günstigen Gasspeicherstände, gesunkene Energiepreise, die diversen staatlichen Unterstützungen

und nicht zuletzt die reduzierten Energieverbräuche der Haushalte und Unternehmen. Auf Jahressicht dürfte die deutsche Wirtschaft auch von der Rücknahme der Pandemiebeschränkungen in China profitieren. Die von uns in der zweiten Jahreshälfte erwartete US-Rezession könnte allerdings einen Teil dieser positiven außenwirtschaftlichen Dynamik ausbremsen. Die Binnennachfrage dürfte erst einmal noch von dem inflationsbedingt hohen Kaufkraftverlust der privaten Haushalte belastet werden. Zudem ist zu erwarten, dass die Bauinvestitionen infolge des Zinsumfeldes deutlich sinken.

### Verhaltener Schwung nach technischer Rezession im Winter 2022/23

Im Sommerhalbjahr könnte dann eine zumindest verhaltene Erholung einsetzen, insbesondere, wenn der private Verbrauch wieder

anzieht. Dazu dürfte die stabile Arbeitsmarktlage beitragen. Angesichts der massiven Kaufkraftverluste geben in der Tarifrunde des Jahres 2023 die Forderungen der Arbeitnehmer nach kräftigem Inflationsausgleich den Ton an. Zwar könnten die nominal verfügbaren Einkommen spürbar zulegen, jedoch dürfte der Großteil durch den Anstieg der Verbraucherpreise aufgezehrt werden. Dank gesunkener Energiepreise, staatlicher Preisbremsen und statistischer Basiseffekte könnte die Inflation im Jahresverlauf spürbar nachlassen. Der Verbraucherpreisindex dürfte im Jahresdurchschnitt um rund sechs Prozent zulegen, nach 7,9 % in 2022.

Im mittelfristigen Vergleich immer noch hohe Energiepreise und ein nachlassendes globales Wachstum, das durch die für Mitte 2023 erwartete Rezession in den USA belastet wird, werden nur eine eher schwache Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen zulassen. Infolgedessen dürften die Investitionsausgaben 2023 um fast 1 % zurückgehen. Energieintensive Branchen dürften künftig Neuinvestitionen noch häufiger in Ländern mit niedrigeren Energiekosten vornehmen.

Die kräftigen Zinsanstiege reduzieren die Nachfrage am Bau. Für den Wohnungsbau prognostizieren wir einen Rückgang der Zahl der Baugenehmigungen und Fertigstellungen im Jahr 2023. Auch die Bauaktivität im Gewerbebau dürfte nachlassen. Relativ konjunkturunabhängig war in der Vergangenheit der öffentliche Bau, der aber nur rund 10 % der Bauinvestitionen ausmacht. In Summe erwarten wir eine tiefe Baurezession. Die Bauinvestitionen dürften um weitere 4,5 % (2022: -1,6 %) zurückgehen.

Der deutsche Außenhandel dürfte unter anderem von der in China (BIP 2023: 6 %) zu erwartenden Konjunkturbelebung etwas Rückenwind erfahren. Allerdings könnte eine

deutlichere Erholung von einer US-Rezession in der zweiten Jahreshälfte ausgebremst werden.

### **EZB und Fed vor Ende der geldpolitischen Straffung**

Im ersten Halbjahr 2023 dürften sowohl die EZB als auch die Fed weiter an der Zinsschraube drehen, allerdings weniger energisch, als es im Vorjahr teilweise der Fall war. Die EZB kündigte für März eine weitere Zinsanhebung um 50 Basispunkte (Bp.) an. Wir erwarten im Mai dann noch einen weiteren Schritt um 50 Bp., gefolgt von 25 Bp. im Juni. Dann dürfte unserer Ansicht nach die Zielrate von 3,75 % für den Einlagen-satz erreicht sein. Im März wird das Abschmelzen der Zentralbankbilanz beginnen, indem die Wiederanlagen aus dem APP-Programm um durchschnittliche 15 Milliarden Euro je Monat reduziert werden sollen. In den USA hat die Fed die Leitzinsen weit kräftiger angehoben. Wir erwarten noch vier Schritte von je 25 Bp., so dass die Zielrate im Mai bei 5,6 % liegen würde. Auch die Fed wird ihre Bilanz reduzieren, was eine zusätzliche geldpolitische Straffung bewirkt. Die infolgedessen zu erwartende Rezession könnte die Fed Ende 2023 dann wieder zu ersten Zinssenkungen veranlassen. ■

#### **Marc Schattenberg**

Senior Economist – Konjunktur, Arbeitsmarkt, Konsum, Demografie

#### **Deutsche Bank AG**

Deutsche Bank Research  
Mainzer Landstraße 11–17  
60329 Frankfurt am Main  
Telefon: 069/910-31875  
Marc.Schattenberg@db.com  
www.deutsche-bank.de/ub



Foto: Deutsche Bank AG

**Ansprechpartner**

# 26. ArGeZ-Zulieferforum: Gute Themen, gut besucht

Im Mittelpunkt der Tagung standen die Automobilmärkte, die Konjunktur, CO<sub>2</sub>-Bilanzierung und Unternehmensfinanzierung.



Eric Heymann, Deutsche Bank; Henning Rennert, Steven Van Arsdale, PwC; Anke Plättner, Moderation.

**D**as Zulieferforum der Arbeitsgemeinschaft Zulieferindustrie (ArGeZ) fand nach zweijähriger Pause am 24. Januar 2023 in Frankfurt a.M. statt. Mit mehr als 100 Gästen war es sehr gut besucht. Unternehmensvertreter aus den Branchen Stahl- und Aluminiumverarbeitung, Gießereiindustrie, Kunststoffverarbeitung und Kautschukindustrie sowie Verbandsvertreter informierten sich über die Themen Automobilmärkte und Konjunktur, CO<sub>2</sub>-Bilanzierung und Unternehmensfinanzierung.

Den Anfang machten Steven Van Arsdale und Henning Rennert von PwC sowie Eric Heymann von der Deutschen Bank. Sie stellen dem Publikum Ihre Einschätzung der Entwicklung der globalen Automobilmärkte dar. In der Zukunftstechnologie der ausschließlich elektrisch angetriebenen PKW werden verstärkt asiatische Anbieter auf die Märkte drängen. Die deutschen Hersteller werden um ihre Marktanteile kämpfen müssen. Der Hochlauf der Technologie wird durch Engpässe beim





Sven Volkert, Bürgschaftsbank Hessen.



Dr. Thomas Becker, Vice President Sustainability and Mobility Strategy BMW Group.



Steven Van Arsdale, Manager Automotive Advisory, PwC Frankfurt/M.

Rohstoff- und Halbleiterbezug sowie bei der Ladeinfrastruktur zunächst noch gebremst.

Anschließend erläuterte Dr. Thomas Becker, wie BMW den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck bei seinen Vorlieferanten messen und senken will. Der Product Carbon Footprint der Zulieferer wird vergaberelevant. Becker identifiziert drei große Bereiche von Komponenten: Batterien, Metalle und Kunststoffteile. Wer hier keine Werte liefern könne, kündigte er an, werde nicht mehr anbieten dürfen. Dr. Kathy Reimann von Agora Energiewende betonte in ihrem Beitrag die Wichtigkeit der Kreislaufwirtschaft für die CO<sub>2</sub>-Minderung. Marius Baader, Geschäftsführer Aluminium Deutschland (AD), schlug vor, die Recyclingfähigkeit direkt beim Produktdesign einzubeziehen.

Nach der Pause stand die Unternehmensfinanzierung im Mittelpunkt. Sven Volkert, Geschäftsführer der Bürgschaftsbank Hessen, bereitete die Unternehmen auf die Nachhaltigkeitsziele vor, die auch Banken bei der Kreditvergabe einpreisen werden. Er unterschied dabei zwischen „grünen“ und „braunen“ Krediten, letztere werden an weniger nachhaltige Industrien zu schlechteren Konditionen gewährt werden. Johann Georg von Hülsen vom Kunststoffverarbeiter sauer product GmbH nahm den Zuhörern die Angst: Jeder könne hier etwas tun und sein Rating verbessern.

Moderiert wurde die Veranstaltung von der Fernsehjournalistin Anke Plättner, die den Diskutanten und dem Publikum interessante Antworten und Beiträge entlockte. ■

# Unser Europaverband Orgalim bezieht Stellung zum Europäischen Lieferkettengesetz



Zusammen mit anderen europäischen Spitzenverbänden hat Orgalim am 19. Januar 2023 ein Positionspapier zur Corporate Social Responsibility Due-Diligence-Directive (CS3D) vorgelegt.

Die europäische Wirtschaft unterstützt einen EU-Rahmen für die Beachtung der unternehmerischen Sorgfaltspflichten. Am besten wäre eine direkt anwendbare Verordnung anstatt des von der EU-Kommission vorgelegten Vorschlags einer Richtlinie, die von den Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgesetzt werden muss. Mit einer Verordnung könnte in der EU tatsächlich ein Level-Playing-Field entstehen, denn anders als andere EU-Staaten schießt Deutschland bei der Umsetzung von Richtlinien regelmäßig weit über das Ziel hinaus.

Die europäische Wirtschaft fordert Realismus, Verhältnismäßigkeit und Praktikabilität für diesen Rahmen, um Unternehmen wirklich in die Lage zu versetzen, die notwendigen Schritte in Richtung nachhaltigerer Lieferketten zu unternehmen. Das richtet sich zum einen auf den Kreis der Unternehmen, die in den Geltungsbereich der Richtlinie fallen, zum anderen aber auch auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die unweigerlich davon betroffen sein werden.

In dieser entscheidenden Phase des Gesetzgebungsprozesses möchte die Wirtschaft eine Reihe von Empfehlungen und Bedenken vorbringen, um die Vorteile des Vorschlags zur un-

ternehmerischen Nachhaltigkeits-Due-Diligence-Prüfung zu verbessern. Wichtig ist, dass die Unternehmer nicht persönlich haften und sich nur um den Teil der Lieferkette kümmern müssen, auf den sie auch tatsächlich Einfluss haben. Eine Ausdehnung der Sorgfaltspflichten in den Lieferketten auf Klimaschutzziele und Rechtsgüter außerhalb der Menschenrechte überzieht den Anwendungsbereich und muss unterbleiben. ■



Hier geht's zum Positionspapier der Orgalim

## Christian Vietmeyer

Syndikusrechtsanwalt, Hauptgeschäftsführer

### WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.

Uerdinger Straße 58-62

40474 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 95 78 68 22

cvietmeyer@wsm-net.de

www.wsm-net.de



Foto: Mourad ben Rhouma

**Ansprechpartner**



## Zahlungsverzugsrichtlinie

# Vor der Überarbeitung lässt sich die EU-Kommission von der Öffentlichkeit beraten

**D**ie EU-Kommission hatte in ihrem Arbeitsprogramm 2023 als neue Initiative für das dritte Quartal 2023 eine Überarbeitung der Zahlungsverzugsrichtlinie 2011/17/EU aus dem Jahr 2011 angekündigt. In Vorbereitung der Überarbeitung hat die Kommission im Januar 2023 zwei Beteiligungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit initiiert. Zum einen hat sie einen Fahrplan für die Überprüfung der Zahlungsverzugsrichtlinie vorgelegt, in dem sie ihr Vorhaben näher skizziert. Zum anderen hat sie eine öffentliche Konsultation in Form eines Fragenkatalogs publiziert. Sowohl zum Fahrplan als auch zum Fragenkatalog kann jeweils bis zum 17. März 2023 Stellung genommen werden. Die Kommission überprüft, ob Änderungsbedarf bei den Regelungen besteht. Evaluiert werden insbesondere die Zahlungsfristen im Geschäftsver-

kehr zwischen Unternehmen. Höchstgrenzen, zumal uneinheitliche, bestehen allerdings nur in einigen Mitgliedsstaaten.

In Deutschland wurde die EU-Richtlinie aus 2011 im Jahr 2014 umgesetzt. Hiernach sind in Individualvereinbarungen Zahlungsziele von mehr als 60 Tagen nur möglich, wenn die Vereinbarung nicht grob unbillig ist (§ 271a BGB). In Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten mehr als 30 Tage im Zweifel als unangemessen lang (§ 308 Nr. 1a BGB). Diese Rechtslage hat bislang leider nicht bei allen Unternehmen zu der Einsicht geführt, Zahlungsziele von 90 Tagen und mehr aus ihren Geschäftsbedingungen zu verbannen. Seit dem Jahr 2020 ist zu beobachten, dass wieder lange Zahlungsziele verlangt werden und die Zahlungsmoral schlechter wird. ■



Foto: j-mel - stock.adobe.com



## AGB-Recht

# Justizminister der Länder wollen Reform im unternehmerischen Geschäftsverkehr



**D**ie Justizministerkonferenz setzt sich für eine wissenschaftlich begleitete Reform des AGB-Rechts ein. Dieses sei nach Ansicht der Landesjustizminister für Verträge zwischen Unternehmen überreguliert und teils nicht praxistauglich. Besonders in der Kritik stehen im internationalen Vergleich schlechtere rechtliche Möglichkeiten für Individualvereinbarungen und Haftungsausschlüsse. Das AGB-Recht soll nach dem Konferenzbeschluss für Unternehmen kein Hindernis sein oder gar ein Fluchtgrund aus dem deutschen Recht. Deshalb, so die Justizministerkonferenz, müsse es praxistgerechter gestaltet werden, ohne deswegen die berechtigten Interessen kleiner und mittlerer Unternehmen aus den Augen zu lassen.

Der WSM stellt sich dagegen und setzt sich weiterhin dafür ein, dass die notwendige Fairnesskontrolle im Vertragsrecht auch zwischen Unternehmen erhalten bleibt. Die Initiative pro AGB-Recht, der neben WSM viele mittelständische Verbände angehören, wird in der Politik und Gesellschaft deutlich machen, dass das AGB-Recht nicht zu Lasten des Mittelstands

aufgeweicht werden dürfe. Die Vertragsfreiheit wird keineswegs durch das AGB-Recht beschränkt. Wenn marktmächtige Unternehmen ihren Vertragspartner einseitig stark benachteiligende Bedingungen diktieren wollen, muss es nach wie vor Grenzen geben. ■



Siehe dazu auch  
<http://www.pro-agb-recht.de>

### Christian Vietmeyer

Syndikusrechtsanwalt, Hauptgeschäftsführer

#### WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.

Uerdinger Straße 58-62

40474 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 95 78 68 22

[cvietmeyer@wsm-net.de](mailto:cvietmeyer@wsm-net.de)

[www.wsm-net.de](http://www.wsm-net.de)



Foto: Mourad ben Rhouma

**Ansprechpartner**

## Nachhaltige Ressourcennutzung (IV)

# Luft anhalten reicht nicht

Unternehmen können viel zur Verbesserung der Luft und damit des Ökosystems beitragen. Was und wie, zeigt der vierte Beitrag aus unserer Serie „Nachhaltige Ressourcennutzung“. Außerdem erklärt der Autor, was mit der geplanten Überarbeitung der EU-Richtlinien über Luftqualität auf die Betriebe zukommen wird.

Die Luftqualität in Europa hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verbessert. Trotzdem ist Luftverschmutzung noch immer ein Problem mit schwerwiegenden Auswirkungen. Die Verunreinigung der Luft löst Atemwegserkrankungen aus oder verschlimmert sie, kann Schäden an Wäldern, Böden und Gewässern verursachen, Ernteerträge verringern und Gebäude zerstören. Insbesondere Feinstaub und Ozon bergen schwerwiegende gesundheitliche Risiken. Fast ein Drittel der Stadtbewohner Europas sind übermäßigen Partikelkonzentrationen ausgesetzt. Das bedeutet: Luftverschmutzung verringert die Lebenserwartung der Menschen. Auch durch die Freisetzung von Schadstoffen wie Blei, Cadmium oder Chrom aus bestimmten industriellen Tätigkeiten.

Hier nun die gute Nachricht: In den Mitgliedsstaaten der EU existiert ein einheitliches Recht zur Beurteilung und Kontrolle der Luftqualität. Dessen Grundlage ist die Richtlinie 2008/50/EG von 2008 über Luftqualität und saubere Luft für Europa, umgangssprachlich auch „Luftqualitätsrichtlinie“ genannt.

In Deutschland regeln das Bundes-Immissionsschutzgesetz („BImSchG“) sowie zahlreiche Durchführungsverordnungen („BImSchV“) die konkreten Anforderungen an bestimmte Anlagentypen. Sofern keine Grenzwerte für Emissionen und Immissionen festgelegt sind, gelten die Werte aus den bundeseinheitlichen

Verwaltungsvorschriften, zum Beispiel die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft („TA-Luft“). Damit sollen schädliche Einwirkungen auf die Luft vermieden werden. Darüber hinaus enthält die Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen (39. BImSchV) Grenzwerte für beispielsweise Schwefeldioxid, Blei und Kohlenmonoxid in der Luft von Ballungsräumen. EU-Richtlinien wirken sich sowohl auf das BImSchG als auch auf die BImSchV aus. Beispiele sind die Industrieemissionsrichtlinie 2010/75 EU (IED-Richtlinie), die Richtlinie 2001/81/EG über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe oder die Richtlinie 2008/50/EG über Luftqualität und saubere Luft für Europa.

Sich einen Überblick zu verschaffen über die Arten, Mengen und Relevanzen der von einem Betrieb in die Luft abgegebenen Schwermetalle bildet als Bestandsaufnahme den ersten Schritt. Dabei helfen die Daten des deutschen Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregisters (Pollutant Release and Transfer Register, PRTR). Sie enthalten Informationen über Emissionen und entsorgte Abfallmengen von Industriebetrieben in Deutschland. Die Daten werden vom Umweltbundesamt für die Öffentlichkeit auf [www.thru.de](http://www.thru.de) bereitgestellt. Außerdem wird vom Umweltbundesamt alljährlich eine Broschüre über alle 91 im Register geführten Schadstoffe veröffentlicht. Sie kann als Ausgangspunkt für weitere Analysen dienen. Für jeden einzelnen Schadstoff ist es

möglich, die Gesamtemissionen verschiedener Branchen im Zeitverlauf zu vergleichen. Der größte und in der derzeitigen Entwicklung der Luftqualität fast alles bestimmende Aspekt der Luftqualität ist der CO<sub>2</sub>-Gehalt in der Atmosphäre. Von dieser Kennzahl wird der menschengemachte Klimawandel abgeleitet.

Und noch eine gute Nachricht: Die Emissionen von Luftschadstoffen in Deutschland sinken seit Jahrzehnten. Bei Schwefelverbindungen (SO<sub>2</sub>) war 2020 sogar ein Rückgang um knapp 96 % gegenüber 1990 zu verzeichnen, bei den Stickstoffoxiden um 66 % und beim Feinstaub um 60 %. In die Atmosphäre gelangen auch deutlich weniger Schwermetalle und schwer abbaubare organische Schadstoffe. Deutschland kann daher erstmals seine Ziele unter der europäischen Luftschadstoff-Verordnung umfassend einhalten. Trotz dieser Erfolge bleiben der Einsatz fossiler Brennstoffe in Kraftwerken, Industrie und Verkehr sowie in der Landwirtschaft die entscheidenden Treiber der Luftschadstoffemissionen.

### Schritt für Schritt die Luftqualitätsvorschriften im Betrieb umsetzen

Für Industrieunternehmen sind zwei Pfade zur Verbesserung der Luftqualität und des Beitrages zur Reduzierung der Klimaerwärmung vorgezeichnet: Reduzierung der Luftschadstoffe und Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Den klassischen WSM-Mitgliedsunternehmen stellt sich also eine zweifache Herausforderung:

- Legal Compliance & Betreiberpflichten, also die Einhaltung der gesetzlichen und behördlichen Grenzwerte zu Luftschadstoffen und Maßnahmen, einschließlich der Nachweisführung. Hierzu gehört auch die Realisierung der so genannten Betreiberpflichten gemäß BImSchG.
- Die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in allen Bereichen und Prozessen der eigenen Orga-

nisation. Hiermit ist insbesondere der Verbrauch von fossilen Brennstoffen gemeint (siehe den ersten Serienbeitrag in den WSM-Nachrichten 2/2022 „Grüne Wende, aber wie?“)

Im Folgenden wird beschrieben, wie man dabei vorgeht.

#### Schritt 1: Bestandsaufnahme

In der Bestandsaufnahme werden analog des Umweltaspektes Luft die Tätigkeiten oder Produkte eines Unternehmens erfasst, die eine Auswirkung auf die Umwelt erzeugen. Luftschadstoffe wie Blei, Feinstaub oder Cadmium werden direkt durch den Produktionsprozess vor Ort erzeugt. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß hängt vom Energiebedarf und dem verwendeten Energieträger ab. Ein sehr bewährtes Mittel zur Erfassung beider Schadstoffkategorien ist ein Kataster aller Anlagen, Systeme oder Installationen, die wesentlich an den Emissionen beteiligt sind. Anschließend wird eine Immissionsbewertung unter der Zielsetzung durchgeführt, negative Luftaspekte den Vorschriften entsprechend zu begrenzen oder idealerweise noch weiter zu verringern:

- Ermittlung der Immissionsarten,
- Bewertung der aktuellen Emissionen,
- Identifizierung des wesentlichen Energieeinsatzes (engl. Significant Energy Use, SEU).

#### Schritt 2: Aufstellung und Planung eines Luftverbesserungsprogramms

Nun werden die bedeutenden Emissionsaspekte definiert und die Verpflichtungen (Vorschriften, Behördenaufgaben, eigene Unternehmenspolitik) ermittelt. Bei der Planung der Maßnahmen sollte ein angemessener Mix gefunden werden aus technischen Möglichkeiten, finanziellen Mitteln und der Wesentlichkeit der Auswirkung auf die Emissionen. Es muss darauf geachtet werden, dass kein Greenwashing, also ein Fokus auf Unwesentlichkeit betrieben wird.



Auch sollte ein einfacher Ausgleich von CO<sub>2</sub>-Emissionen durch Beteiligung an Klimaschutzprojekten vermieden werden.

### Schritt 3: Umsetzung im Betrieb

Voraussetzung für eine angemessene und wirksame Umsetzung im Betrieb ist die Bestimmung von geeigneten Kennzahlen für die Messung, Überwachung und Nachweisführung der getroffenen Maßnahmen gegenüber der Öffentlichkeit und den Behörden. Die Auswahl der Maßnahmen muss den Betreiberpflichten gemäß §§ 5 und 22 BImSchG entsprechen. Schädliche Umwelteinwirkungen, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind, müssen verhindert, unvermeidbare auf ein Mindestmaß minimiert werden. Die von Anlagen ausgehenden Emissionen dürfen bestimmte Grenzwerte nicht überschreiten. Die Betreiber von Anlagen sind verpflichtet, Messungen von Emissionen und Immissionen vornehmen zu lassen.

Die oben genannten Betreibergebote, der erforderliche Aufwand und die Kosten lassen kleinen und mittelgroßen Betrieben wenig Spielraum für darüber hinausgehende Maßnahmen. Trotzdem gehören Luftschadstoffe und das große Thema CO<sub>2</sub>-Verringerung stets auf die Agenda der verantwortlichen Führungskräfte.

### Die geplante Überarbeitung der EU-Luftqualitätsrichtlinie

Die EU-Kommission hat am 26.10.2022 einen Vorschlag zur Überarbeitung der EU-Luftqualitätsrichtlinien vorgelegt. Sie definieren gemeinsame Methoden zur Überwachung, Beurteilung und Information über die Luftqualität in der Europäischen Union und legen Ziele für die Luftqualität fest, um schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt insgesamt zu vermeiden, zu verhindern oder zu verringern. EU-Luftqualitätsnormen wurden für 13 Luftschadstoffe festgelegt, darunter Schwefeldioxid, Feinstaub (PM 10, PM 2,5), Blei, Kohlenmonoxid, Cadmium und Nickel. Im



Foto: Otto Dürst - stock.adobe.com

Rahmen des Europäischen Green Deals plant die EU-Kommission, diese Standards zu überarbeiten, um sie stärker an die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) anzugleichen. Im Fokus der Überarbeitung stehen die EU-Richtlinie über Luftqualität und saubere Luft für Europa (2008/50/EG) und die EU-Richtlinie über Arsen, Cadmium, Quecksilber, Nickel und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in der Luft (2004/107/EG).

Nach Ansicht des BDI ist eine Revision der europäischen Luftqualitätsrichtlinien allerdings derzeit nicht erforderlich. Denn wie aus seinem aktuellen Papier zur geplanten EU-Richtlinie vom Januar 2023 zu entnehmen ist, sind die erheblich verschärften Grenzwerte erst nach einer angemessenen Übergangsfrist wirtschaftlich sinnvoll. Außerdem verfolgt die EU eine Vielzahl von Gesetzgebungsvorhaben, mit denen bereits auf die Verbesserung der Luftqualität eingewirkt wird. ■

#### Dipl.-Ing. Volker Bockkopf

Leiter Umwelt und Arbeitsschutz

#### WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.

Uerdinger Straße 58-62  
40474 Düsseldorf  
Telefon: 0211 / 95 78 68 30  
vbockkopf@wsm-net.de  
www.wsm-net.de



Foto: Thomas Haus

**Ansprechpartner**



Foto: powerstock - stock.adobe.com

## Industrielle Versicherungen (XLI)

# Wichtige Versicherungen für unternehmerische Aktivitäten in und mit China

Für Unternehmen ist es wichtig, ihre spezifischen Bedürfnisse und Risiken zu ermitteln und entsprechende Versicherungen abzuschließen, um ihre Interessen und Vermögenswerte zu schützen. Das gilt auch für Geschäfte mit China.

**N**ach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Volksrepublik China auch im Jahr 2021 Deutschlands wichtigster Handelspartner gewesen. Zwischen den beiden Ländern wurden Waren im Wert von 246,5 Milliarden Euro gehandelt. Neben den großen Chancen, die ein Engagement in China bietet, sind die Risiken gleichermaßen nicht zu unterschätzen. Unternehmen, die Waren nach China

exportieren oder aus China importieren, müssen verschiedene Versicherungen in Betracht ziehen, um ihre Interessen und Risiken zu schützen.

Zunächst ist es wichtig, eine Transportversicherung abzuschließen, um die Waren während des Transports zu schützen. Diese Versicherung deckt Schäden ab, die durch Unfälle, Feuer,

Diebstahl, Havarien oder andere Ereignisse während des Transports entstehen können.

Zusätzlich sollten Unternehmen auch über eine Versicherung gegen Zahlungsausfall nachdenken. Diese Versicherung schützt Unternehmen vor dem Verlust ihrer Forderungen, falls ein Kunde oder Geschäftspartner insolvent wird oder seine Zahlungen einstellt.

Unternehmen sollten auch eine Produkthaftpflichtversicherung vorhalten, die Schäden abdeckt, die durch fehlerhafte Produkte verursacht werden. Diese Versicherung ist besonders wichtig für Unternehmen, die potenziell gefährliche Produkte herstellen oder importieren. Wenn Unternehmen Handelsware aus Fernost nach Deutschland einführen, sollte die Produkthaftpflicht die Deckung für „Quasihersteller“ umfassen – das ist ein Produzent, der sich nach § 4 Abs. 1 des Produkthaftungsgesetzes „durch das Anbringen seines Namens, seiner Marke oder eines anderen unterscheidungskräftigen Kennzeichens als Hersteller ausgibt“ –, da eine Durchsetzung der Ansprüche für den Endkunden oftmals schwierig ist. Darüber hinaus sollte in der Sachversicherung ausreichend Deckung für Rückwirkungsschäden bei Kunden oder Zulieferern vorhanden sein.

Eine weitere wichtige Versicherung ist die politische Risikoversicherung, die Unternehmen vor Verlusten beispielsweise durch Krieg, Staatsstreich oder Boykott bewahrt. Diese Versicherung ist besonders wichtig für Unternehmen, die

in Ländern mit instabilen politischen Verhältnissen tätig sind, wie es oft in Schwellenländern der Fall ist. In China gibt es zwar eine stabile Regierung. Dennoch können sich die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen für ausländische Unternehmen schnell ändern, weshalb eine Absicherung der politischen Risiken sinnvoll ist.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Unternehmen bei internationalen Handelsaktivitäten eine Transportversicherung, eine politische Risikoversicherung, eine Versicherung gegen Zahlungsausfall und eine passende Produkthaftpflichtversicherung in Betracht ziehen sollten. Des Weiteren ist die ausreichende Deckung für Rückwirkungsschäden vorzuhalten. Dies ist allerdings keine abschließende Aufzählung. Die individuelle Risikosituation der Unternehmen muss im Einzelnen geprüft werden. ■

### Dennis Gottschalk, M. Sc.

VSM Versicherungsstelle  
Stahl- und Metallverarbeitung GmbH  
Hohenzollernstraße 2  
44135 Dortmund  
Telefon: 0231 / 5404-521  
Dennis.Gottschalk@leue.de



Foto: Lutz Kampert

**Ansprechpartner**